

# Der «Wurstkönig von Brüssel» übernimmt

Von Maros Sefcovic, dem neuen «Mister Schweiz» der EU, sind keine Geschenke zu erwarten



Sefcovic gilt zwar als umgänglich. In der Sache soll der Vizepräsident der EU-Kommission jedoch eisern sein.

KENZO TRIBOUILLARD / REUTERS

DANIEL STEINVORTH, BRÜSSEL

Es scheint viel zu brauchen, um Maros Sefcovic aus der Ruhe zu bringen. Als der Slowake vor zwei Jahren vor dem Europaparlament vorsprechen musste, um seine Eignung als Mitglied der EU-Kommission unter Beweis zu stellen, stichelte einer der Abgeordneten ganz besonders. Nico Semsrott von der deutschen Spasspartei «Die Partei» wollte von Sefcovic wissen, was er, Semsrott, am Abend wohl essen würde. Von einem «Kommissar für interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau» könne man solche Auskünfte doch erwarten.

Sefcovic entgegnete, breit lächelnd, dass er seine Glaskugel leider nicht mit-

gebracht habe. Bei der «Vorausschau» gehe es aber auch nicht darum, Lottozahlen vorherzusagen. Sein Auftrag bestehe darin, die EU auf mögliche Trends, Risiken und strategische Fragen in der Zukunft vorzubereiten.

## Forsche Töne

Witze über seinen Titel musste sich der Vize-Kommissionspräsident seither viele anhören, doch der breitschultrige Mittfünfziger blieb selbst stets gelassen. Als ihn der britische Staatsminister Michael Gove im vergangenen Jahr als «Wurstkönig von Brüssel» bezeichnete, nachdem die EU und Grossbritannien über den Export von Fleischwaren nach

Nordirland verhandelt hatten, freute sich Sefcovic über den Spitznamen.

Seit September ist «Big Maros», wie sie ihn nennen, in der Kommission nicht nur für die Beziehungen zu den anderen EU-Institutionen, für den Blick in die Zukunft und für die Überwachung des Brexit-Abkommens zuständig. Er soll sich auch um die Schweiz kümmern. Die Kommissionschefin Ursula von der Leyen hatte genug von dem Dossier, mit dem sich so offenkundig nichts gewinnen lassen würde, und so musste einer ihrer Stellvertreter einspringen. Sefcovic, ihr erfahrenster Kommissar – ein gründlicher Aktenfresser, der schon unter Kommissionspräsident José Manuel Barroso und später unter Jean-

Claude Juncker gedient hatte –, schien genau der Richtige, um sich mit den sperrigen Eidgenossen abzumühen.

Nach einem Treffen der Europaminister in der vergangenen Woche liess Sefcovic keinen Zweifel daran aufkommen, wohin die Reise mit ihm gehen sollte. Man erwarte von den Schweizern, sagte er, «konkrete und glaubwürdige Vorschläge», wie sie die bilateralen Probleme lösen würden; Probleme, die auch mit dem Ende des Rahmenabkommens nicht aus der Welt seien. Der zweite Kohäsionsbeitrag sei nicht nur überfällig. Man müsse auch darüber sprechen, wann Bern die dritte Kohäsionsmilliarde zahle, um von den Vorteilen des gemeinsamen Binnenmarkts zu profitieren.

Solch forsche Töne liessen aufhorchen. Würde der neue «Mister Schweiz» die Zügel im bilateralen Verhältnis wieder strammer anziehen wollen? Sollte sich Bundesrat Ignazio Cassis künftig doch mit einem Falken in Brüssel auseinandersetzen müssen?

## Zuverlässig, aber kein Star

Als jovial und warmherzig, in der Sache aber eisern bezeichnet ein EU-Beamter den Kollegen. Sefcovic identifiziert sich hundertzwanzigprozentig mit der Kommission, kenne die Behörde aus dem Effeff. 2018 trug sich der Slowake mit dem Gedanken, Junckers Nachfolger zu werden. Bei den Sozialdemokraten im Europaparlament hatte er sich deswegen als Spitzenkandidat für die Europawahl beworben. Die S&D-Fraktion nominierte jedoch den Niederländer Frans Timmermans. Und am Ende ignorierten die Staats- und Regierungschefs ohnehin das Spitzenkandidatensystem der Abgeordneten. «Ein zuverlässiger Politiker, ein Technokrat, aber kein politischer Star», so erklärte der «Politico»-Journalist Ryan Heath das Scheitern von Sefcovics Kampagne.

Anfang 2019 kandidierte Sefcovic für die slowakische Präsidentschaft. Doch auch dieser Karrieresprung gelang ihm nicht. In der Stichwahl unterlag er deutlich der Bürgerrechtlerin Zuzana Caputova. Ein Wahlspott von

damals zeigt den Sozialdemokraten als bodenständigen Christen und Familienvater. Das sollte Stimmen aus dem rechten Lager bringen, überzeugte die Wähler aber nicht. Und auch in Brüssel wunderten sich seine politischen Freunde, dass Sefcovic plötzlich konservative Werte und das traditionelle Familienbild verteidigte.

Sefcovic hatte in den 1980ern zuerst in Bratislava und dann fünf Jahre am Staatlichen Moskauer Institut für internationale Beziehungen studiert, der Diplomaten-Kaderschmiede in der Sowjetunion. Mitglied in der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei wurde er erst 1989, kurz vor dem Systemwechsel. Ob er ein gläubiger Kommunist gewesen sei? Seinen Mitgliedsausweis, erzählte Sefcovic einer slowakischen Zeitung, habe er jedenfalls nie erhalten. Gut geschult hatten ihn die Moskauer Jahre aber für eine Funktionslaufbahn. Kein Ideologe, eher ein politisch flexibler Apparatschik, heisst es, sei Sefcovic. Bis zu seiner Ankunft in Brüssel 2009 durchlief der fliessend Englisch, Russisch und Französisch sprechende EU-Kommissar diverse Botschafterposten.

## Hohes Durchhaltevermögen

Bei künftigen Verhandlungen wird sich die Schweizer Seite auf einen Mann einstellen müssen, der in Kommissionen als detailverrät, als «Laser-Auge», gilt. Zudem wird dem Slowaken ein hohes Durchhaltevermögen attestiert, was wohl auf seine gute körperliche Kondition zurückzuführen ist. Fast wäre Sefcovic nach eigenen Angaben in sowjetischen Zeiten Spitzensportler geworden. Gut 30 Jahre später zeigte sich der 55-Jährige in einem Video als leidenschaftlicher Basketballspieler, während seiner Kampagne als Spitzenkandidat der Sozialisten.

Man darf gespannt sein, ob sich die Hoffnungen des Bundesrates auf einen Neuanfang mit Brüssel erfüllen werden. Denn Geschenke, so viel ist klar, wird es auch mit dem neuen «Mister Schweiz» nicht geben.

# «Es kommt nach Fusionen nur selten zu Einsparungen»

Das Fusionsprojekt Grossfreiburg erlitt eine Schlappe – ein Forscher zeigt die Hintergründe auf und erklärt, wie Zusammenschlüsse gelingen können

Herr Strebel, Freiburg hätte zur 75 000-Einwohner-Stadt werden sollen. In der Konsultativabstimmung vom Sonntag lehnte die Bevölkerung in sechs der neun beteiligten Gemeinden die Fusion jedoch deutlich ab. Ein Debakel? Sagen wir es so: Es ist sicherlich ein herber Rückschlag für die Befürworter. Wirklich überraschend ist das Resultat aber nicht. Abgesehen davon, dass ein zweisprachiges Fusionsprojekt besonders komplex ist, kann man gar von einem geradezu klassischen Fall reden.

## Inwiefern?

Beim vorliegenden Projekt hätte sich eine grössere Stadt – Freiburg – mit den umliegenden Gemeinden zusammenschliessen sollen. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass solche Vorhaben extrem schwierig sind, wenn die grösste Gemeinde im Vergleich zu den anderen einen höheren Steuerfuss hat. Es ist kein Zufall, dass die sechs Freiburger Gemeinden, die mit einer Erhöhung des Steuerfusses rechnen mussten, am Sonntag Nein gesagt haben.

Also geht es in erster Linie ums Geld? Die Steuerbelastung ist oft ein zentrales Argument der Gegnerinnen und Gegner. Aber natürlich nicht das einzige: Zahlreiche Bürger befürchten, dass sie sich mit einer grösseren Gemeinde nicht mehr gleich identifizieren können. Das zeigt sich etwa daran, dass nach einer Fusion die Stimmbeteiligung zumindest kurzfristig abnimmt – insbesondere in den ehemals kleinen Gemeinden. Der

Autonomieverlust scheint für viele Personen jedoch verschmerzbar, wenn sie danach finanziell besser dastehen.

## Was spricht denn aus Sicht der Behörden für Fusionen?

Gerade kleinere Gemeinden haben oft Mühe, genügend Personal für die teilweise ehrenamtlichen Tätigkeiten zu finden. Bei grösseren Einheiten ist dieses Problem geringer – nicht zuletzt, weil die Posten attraktiver sind. Hinzu kommt,



Michael Strebel  
Wissenschaftlicher  
Mitarbeiter an der  
Universität Lausanne

dass zusammengeschlossene Gemeinden im Kanton oder gar im Bund über mehr Gewicht und Einfluss verfügen. Verwaltungen werden durch Fusionen in der Regel effizienter, weil sie womöglich Skaleneffekte nutzen können. Hingegen kommt es nur selten zu Einsparungen.

## Effizienter, aber doch nicht günstiger: Wie ist das zu verstehen?

Für jedes Politikfeld gibt es einen anderen optimalen Perimeter. Für einige Felder mag sich dieser durch die Fusion verbessern, für andere aber nicht. Ferner ist entscheidend, dass fusionierte Gemein-

den oftmals gar nicht sparen können, weil sie die Dienstleistungen zuhanden der Bevölkerung ausbauen. Das können etwa bessere ÖV-Verbindungen, längere Öffnungszeiten der Verwaltung oder ein moderneres Schulhaus sein. Unter dem Strich können die Bürgerinnen und Bürger also profitieren, auch wenn sie es nicht direkt im Portemonnaie spüren.

## Welches Interesse haben die Kantone an Gemeindefusionen?

Ein grosses. Das zeigt sich nur schon daran, dass eine Mehrheit der Kantone finanzielle Anreize setzt, damit sich Gemeinden zusammenschliessen. Das ist auch beim Projekt Grossfreiburg nicht anders. Solche Anreize können zum Beispiel zur Entschuldung der beteiligten Gemeinden beitragen. Man kann festhalten: Ohne finanzielle Zückerchen vonseiten des Kantons gibt es keine Gemeindefusionen.

## Warum greifen die Kantone in die Schattulle?

Weil sie ein Interesse daran haben, dass die Gemeinden effizient funktionieren und die Verwaltungen professionell aufgestellt sind, da Gemeinden zentral sind für den Vollzug kantonaler Politik. Zudem ist es für die Kantone auch einfacher, wenn sie weniger Ansprechpartner haben.

## Im Fall von Grossfreiburg ist gehörig Sand im Getriebe. Welche positiven Beispiele mit Städtebeteiligung gibt es?

Lugano, Bellinzona, Luzern, Neuenburg und weitere Städte sind in den letzten

Jahren durch Fusionen deutlich grösser geworden. Inwiefern die Versprechungen aus dem Abstimmungskampf dann auch realisiert wurden, müsste genauer analysiert werden – aber immerhin haben sich die Bevölkerungen der beteiligten Gemeinden an der Urne dafür ausgesprochen. Das hatte wohl auch damit zu tun, dass die umliegenden Landgemeinden in der Regel höhere Steuerfüsse hatten und also finanziell von der Fusion profitierten.

## Und die negativen Beispiele?

Neben Freiburg möchte sich auch Bern mit umliegenden Gemeinden zusammenschliessen, bis auf Ostermundigen haben sich aber alle aus den Verhandlungen zurückgezogen. Auch der Zukunftsraum Aarau ist gestorben, bevor er überhaupt geboren war. Solch öffentlichkeitswirksame Misserfolge verdecken jedoch die Tatsache, dass Gemeindefusionen in der Schweiz in Abstimmungen eigentlich sehr erfolgreich sind.

## Woran lässt sich dies erkennen?

Im Jahr 2000 gab es in der Schweiz noch rund 2900 Gemeinden, mittlerweile sind es weniger als 2200. Die meisten Fusionen gingen mit Zustimmung aller beteiligten Gemeinden und ohne grosse Schlagzeilen über die Bühne. Ich habe die Daten aller Abstimmungen analysiert, bei denen sich die Bevölkerung in den letzten zwei Jahrzehnten in einer Schlussabstimmung zu einem Fusionsprojekt äusserte: Nur knapp ein Viertel der rund 440 Fusionsprojekte wurde von einer oder mehreren beteiligten Gemeinden abgelehnt. Das

relativiert die derzeitigen Schwierigkeiten in Freiburg oder Bern.

## Ist also davon auszugehen, dass die Fusionitis andauert?

Die Schweiz bleibt im internationalen Vergleich ein kleinräumiges Land. Es gibt also durchaus noch Potenzial. Aber vielleicht wird sich das Tempo etwas verlangsamen.

Interview: Antonio Fumagalli, Lausanne

## Sechs Gemeinden lehnten Fusion ab

Neun Gemeinden hätten sich zusammenschliessen und damit die drittgrösste Stadt der Westschweiz werden sollen – so der ursprüngliche, von der Freiburger Regierung aktiv unterstützte Plan. Doch dazu wird es aller Voraussicht nach nicht kommen: Bei der Konsultativabstimmung vom Sonntag sagte die Bevölkerung in sechs Gemeinden mit teilweise überdeutlichen Resultaten Nein. Lediglich Freiburg, Marly und Belfaux stimmten der Fusion im Grundsatz zu. Die Gemeinden haben nun bis Ende Oktober Zeit, sich zum Abstimmungsresultat zu äussern – und gegebenenfalls formell aus dem Fusionsprozess auszusteigen. Ob sich allenfalls nur einzelne Gemeinden zusammenschliessen sollen, wird danach die konstituierende Versammlung analysieren. Über ein definitives Projekt müsste erneut die Bevölkerung entscheiden.